Nummer 5 — Halle, Sonnabend, den 6. Januar 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: Vierzig Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 775.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 775.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 750.00 monatlich. Die achtspaltige Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 40.00, im auswärtigen Verkehr Mark 60.00. Reklamen die fünfmal breite Millimeter-Zeile Mark 150.00 im Ortsverkehr und Mark 200.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahts-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Konto: Landkreis Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Bank-Rechnung. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Fortsetzung der amerikanischen Vermittlung.

Harding zum schärfsten Protest gegen die Ruhrbesetzung entschlossen / Französische Bemäntelung des Raubplans
Englische Verstimmung über Frankreichs Verhalten / Verbot der für Sonntag geplanten Kundgebungen in Halle.

Hughes Standpunkt.

Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die amerikanische Regierung erwartet, wie berichtet wird, nunmehr die französische Antwort. Sollte sich irgendein Zeichen von Bereitwilligkeit von Frankreich zeigen, so würde die Regierung von Washington freudig ihre Pläne weiter fortsetzen. Sie fühlt sich aber nicht berechtigt, den Mächten ihre Ideen aufzudrängen. Das Kabinett hat gestern über die Lage in Europa beraten.

Von zuständiger Stelle wird folgendes Programm der amerikanischen Regierung mitgeteilt: Staatssekretär Hughes soll informatorische Verhandlungen einleiten um festzustellen, ob die Mächte einer internationalen Konferenz von Fachleuten, an der die Vereinigten Staaten teilnehmen würden, geneigt sind. Diese Konferenz hätte eine praktische Lösung der Wiedergutmachungsfrage vorzuschlagen. Fernerhin soll festgestellt werden, ob die europäischen Mächte in diesem Falle auch bereit wären, den politischen Teil dieser Frage bis zum Schlusse dieser Konferenz zu verschieben. Sollten diesem Plane weiterhin Hindernisse in den Weg gelegt werden, so würden die Vereinigten Staaten vor allen Dingen feststellen, wen die Schuld daran trifft. Falls die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen werden, werden die Vereinigten Staaten energisch Protest dagegen erheben und ihre Truppen vom Rhein zurückziehen. Dafür herrscht im Kongreß neuerlich Stimmung. Der Kriegsminister Weeks erklärte nach Schluß des Kabinettsrates, daß Ursache bestehe, die amerikanischen Soldaten bereits in nächster Zeit aus dem Rheinland zurückzuziehen.

Berlin, 6. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Staatssekretär Dr. Bergmann trifft aus Paris zur Berichterstattung heute in Berlin ein. Die Reichsregierung nimmt zunächst, wie die Telunion von unterrichteter Seite erfährt, noch wie vor eine abwartende Stellung ein. Die Meldung, daß Staatssekretär Bergmann Vollmachten zwecks direkter Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich erhalten habe, entbehrt jeder Begründung.

Die Ruhrwirtschaft über die Pariser Bedrohung

Berlin, 6. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Nachfragen, die die „Telegraphen-Union" bei authentischen Stellen des gesamten Ruhrbezirks angestellt hat, erweisen, daß man in dem bedrohten Gebiet durchaus die Ruhe bewahrt und ebenso, wie es in den politischen Kreisen Berlins der Fall ist, erst einmal abwarten will, welche Stellung England und vor allem Amerika, das über die Grundzüge des deutschen Vorschlages orientiert sein dürfte, zu der neu geschaffenen Lage nehmen werden. Man betrachtet die Lage trotzdem als äußerst ernst. Wird das französische Programm in der bekannt gewordenen Form durchgeführt, so besteht für das Bankgewerbe des Ruhrbezirks die Gefahr, daß ihm ein bedeutsamer Teil der Geld- und Kapitalumsätze im Revier verloren gehen. Währungspolitisch würde die Ausbreitung des französischen Einflusses auf das Ruhrbecken ohne Zweifel eine empfindliche Einengung des Zirkulationsgebiets der Mark bewirken und damit deren Stand auf den tiefsten Punkt hinabtreiben. Die beabsichtigte Erhebung auswärtiger Devisen von der deutschen Industrie des besetzten Gebiets müßte die Ausfuhr auf einen Bruchteil ihres jetzigen Umfanges herabmindern, wenn nicht ganz erdrosseln. Durch die Entziehung der Devisen würde der Industrie die Möglichkeit genommen, sich mit den notwendigen Rohstoffen im Auslande einzudecken, da das Reich nicht in der Lage sein wird, die Industrie in der Höhe zu entschädigen, wie es den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen würde. Die Beschlagnahme der Zölle im besetzten Gebiet und in den wichtigsten Zollbureaus im Ruhrgebiet muß nach den Feststellungen der Sachverständigen dieses Bezirkes als technisch unmöglich bezeichnet werden, da sie ein glattes Versagen des Geschäftsbetriebes der Zollverwaltung zur Folge haben würde. Der Ausfuhrhandel käme damit zur völligen Unterbindung. Die Einrichtung einer Ueberwachungskommission über die Tätigkeit des Kohlensyndikats würde den Bergbau und die gesamte von der Ruhrkohle abhängige deutsche Industrie in wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich bringen, das damit wirtschaftliche und politische Ziele verfolgt und erreichen will, wie es im Saargebiet durchgeführt wurde.

Solche Eingriffe in das Kohlensyndikat als auch die Kohlensteuerpläne Frankreichs müssen zu einer Zerrüttung der finanziellen Grundlagen des Bergbaus führen. Damit würden nicht allein die Zechen, sondern ganz besonders auch die Arbeiter geschädigt werden, da die ganze Wucht eines Umschlages die Finanzen der Zechen trifft und sich entweder in einer Zerrüttung der Betriebsmittel oder in einer schroffen Herabsetzung der Löhne und in Feierschichten äußern muß. Es mag dahingestellt bleiben, welche Abwehrmittel die Arbeiterschaft gegen die beabsichtigte Gewaltherrschaft finden wird; eins ist sicher, daß die Leistung in großem Ausmaße sinken muß. Es sind deshalb die schwersten wirtschaftlichen und sozialen Krisen innerhalb des Ruhrgebiets und infolge schlechter Kohlenversorgung des übrigen Deutschlands in der ganzen deutschen Volkswirtschaft zu befürchten. Die Eisenindustrie des Ruhrbezirks wird durch die Pariser Drohungen bei ihrer ohnehin schon schwierigen Lage in ihrer Existenz bedroht, da deren Grundlage die genügende Zuweisung von Kohlen ist. Die beabsichtigte Zollgrenze östlich des Ruhrgebietes würde den Zusammenhang der gesamten eisenerzeugenden und verarbeitenden Industrie zerreißen, womit der Ruin für beide Teile besiegelt wäre. Die Durchführung der Pläne Poincarés wird für die Ruhrindustrie das Ende ihrer Selbständigkeit bedeuten und damit auch die gesamte deutsche Wirtschaft der Vormächtigkeit Frankreichs ausliefern, das damit neben der militärischen Hegemonie auch die absolute wirtschaftliche Hegemonie in Europa sich gesichert hätte.

Man ist in den Wirtschaftskreisen des Ruhrbezirks der festen Ueberzeugung, daß von den anderen alliierten Ländern, insbesondere von England, diese notwendige Folge der freien Hand für Poincaré im ihrer Bedeutung nicht verkannt wird, und glaubt vor allem, daß Amerika die bereits angekündigten Schritte rechtzeitig unternehmen dürfte. Der Regierung in Berlin, hinter die man sich in jeder Beziehung geschlossen zu stellen gedenkt, bringt man das Vertrauen entgegen, daß sie in dieser außerordentlich bedrohlichen Lage die notwendige Festigkeit bewahren wird.

Der Pfänderplan.

Paris, 5. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Liberté" zufolge wird der Plan für die Ergreifung der Pfänder erst veröffentlicht werden, nachdem Belgien und Italien ins Einvernehmen gesetzt sein werden. Der Plan, der im Jahre 1921, als zum ersten Male von der Besetzung der Ruhr die Rede war, ausgearbeitet worden ist, sei vollständig abgeändert. Gegenüber diesem ersten Plane sei nicht mehr von der Ueberwachung der Kohlenproduktion durch die französischen Kontrolleure die Rede, sondern nur von der Kontrolle der für die Reparationen bestimmten Kohlentransporte. Wenn die Kohlenarbeiter sich weigern sollten, zu arbeiten, würde ihnen die Lebensmittelzufuhr abgeschnitten werden. Die Rheinlandkommission würde die von Deutschland im Rheinland und im Ruhrgebiet geforderte Kohlensteuer selbst erheben und außerdem würde eine Steuer von den Industriellen im Verhältnis zu der Arbeiterzahl erhoben. Ein Teil der Kohlenproduktion würde zu Händen der rheinländischen Industrie direkt nach dem Rheinland abgeführt werden. Poincaré werde übrigens etappenweise vorgehen und zuerst nur auf dem linken Rheinufer Pfänder ergreifen, um später die Ruhr ganz hineinzubeziehen. Auf alle Fälle würden keine Pfänder vor dem 15. Januar ergriffen werden. Die militärische Besetzung werde vielleicht auf Essen beschränkt. Nach der Besetzung von Essen würde Deutschland in einem Ultimatum aufgefordert werden, eigene Vorschläge über die Verwertung der Pfänder vorzulegen. Falls Deutschland den Bestimmungen des Ultimatums nicht nachkommen würde, würden die staatlichen Gruben des Ruhr- und Saargebietes in Besitz genommen werden, um für die französische Kohlenverproviantierung zu arbeiten.

Eine Warnung an Frankreich.

New York, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Blätter des „International News Service" veröffentlichen ein Interview eines Berliner Korrespondenten mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Dr. Hermes sagte von den deutschen Vorschlägen, daß sie die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit darstellen. Er fügte hinzu, das Ministerium Cuno sei ohne Frage die letzte entgegenkommende Regierung in Deutschland. Wir würden nichts herzlicher begrüßen, als wenn die Vereinigten Staaten, zu deren Unparteilichkeit wir absolutes Vertrauen haben, einen Reparationsplan ausarbeiten würden. Dr. Hermes betonte besonders, daß Deutschland nicht der geringsten Wunde dare, auf die Aktionen der amerikanischen Regierung irgendwie einzuwirken. „Glauben Sie nicht, daß ich Ihnen das alles sage, als eine Bitte an Ihre Regierung." Dr. Hermes ging dann auf die Schwierigkeiten der deutschen Regierung näher ein. Dank der fortgesetzten Fehlschläge in unseren Versuchen, Hilfe zu finden, und dank der schrecklichen wirtschaftlichen Lage, die jetzt den Rand des Abgrundes fast erreicht hat, erhebt eine gefährliche Drohung ihr Haupt in unserem Lande, jene, die aus allen Schichten der Bevölkerung von uns die Aufkündigung des Versailler Vertrages verlangt. Erzählen Sie der Welt, daß wir, soweit es in Menschenkräften steht, unser Bestes getan haben, und daß wir jetzt am Ende unserer Kraft sind. Wir sind weitgeblutet, und ein Teil des Volkes verlangt von uns, daß wir jede weitere Zahlung auch nur eines einzigen Pfennigs verweigern sollen. Ich nenne das eine gefährliche Drohung, weil sie, obgleich sentimental, doch durchaus verständlich ist; vom gesetzlichen Standpunkt aus gesehen ist sie ein höhnisches Unrecht. Meine Koeligen und ich haben diese Bewegung solange bekämpft, solange wir im Amte sind."

Dr. Hermes erklärte dann dem Interviewer, daß Deutschland durchaus nicht die Absicht habe, sich seinen Verpflichtungen gemäß des Versailler Vertrages zu entziehen. „Wir wollen nicht betrügen", sagte der Minister, wobei er jedes Wort betonte, „wir wollen über die uns auferlegten Lasten nicht jammern und klagen, wir haben den Krieg verloren, und wir müssen bezahlen. Wir wollen auch bezahlen, aber nur in vernünftigen Grenzen. Man kann uns nicht zumuten, daß wir durch übermäßige Zahlungen Selbstmord begehen. Jetzt verlangen wir zweierlei: eine Atempause und die definitive Gewißheit der Summe, die wir zahlen sollen, einer Summe, die sich innerhalb unserer Zahlungsfähigkeit halten muß. Die Vorschläge, die Dr. Bergmann mit nach Paris genommen hat, waren das Ergebnis von wochenlangen, sorgfältigen Verhandlungen, an denen alle unsere industriellen und wirtschaftlichen Kräfte teilgenommen haben. Die deutsche Regierung kann nicht unterzeichnen, das mehr verlangt, als Deutschland erfüllen kann. Wenn die jetzige Regierung stürzt und ihr folgt eine sozialistische oder irgendeine andere Regierung, so wird auch das neue Kabinett ehrlicherweise nicht mehr auf sich nehmen können, als wir auf uns nehmen wollten. Jede Annahme höherer Forderungen würde eine Farce oder ein Betrug sein. Ich wiederhole", so schloß Dr. Hermes, „daß wir den Krieg verloren haben, und daß wir bezahlen müssen, ich wiederhole, daß wir bezahlen wollen, ich wiederhole, daß wir der Schuldner sind, daß wir bankerott sind, und daß unsere Bücher eingesehen werden können. Und ich sage noch einmal, daß wir die Gesamtheit des guten Willens der besten Elemente des deutschen Volkes vorstellen. Aber ich warne die Welt davor, dieser, obgleich jetzt schwachen und müden Nation noch einmal einen Schlag ins Gesicht zu versetzen, den wird sie sich nicht gefallen lassen. Erhält das deutsche Volk noch eine Ohrfeige, dann wird das gequälte Volk vom Zorn übermannt werden, wird alle Hemmungen durchbrechen und sich jenseits der Kontrolle jeder Regierung stellen."

Heutiger Stand des Dollars 8525!!

Was wird jetzt geschehen?

Der Plan Poincarés.

Gewaltpolitik umhüllt sich gern mit dem Mäntelchen der Heuchelei. Mit einem Seitenblick auf das beleidigt sich zurückziehende England verkündet der Pariser Matin, man wolle doch nicht glauben, daß jetzt Frankreichs Ziel die Ruhrbesetzung sei. Frankreich wolle einfach bezahlt sein und werde sich dieserhalb mit Berlin in Verbindung setzen. Aber, und hier kommt der Bodsfuß hervor, den Besprechungen mit Deutschland stehe doch die Beschlagnahme eines Gebietes als Strafmaßnahme nicht entgegen, ja diese Beschlagnahme sei das „natürliche Vorspiel der Besprechungen". Worauf hat es Poincaré also abgesehen? Die Antwort gibt sein Offiziosus Millet im „Petit Parisien": Sofortige Besetzung einer ersten, 16 Kilometer tiefen Zone des Ruhrgebietes. Man brauche dazu nur 5000 Mann, vorläufig, um die Zivilbeamten bei der Einziehung der Zölle, der Kohlensteuer usw. zu unterstützen. Nun ist Frankreichs Ministerpräsident ein mit allen Wassern gewschener Jurist. Er kennt den Versailler Vertrag auswendig. Er weiß, daß für die Reparationsforderungen zunächst nur der staatliche Besitz Deutschlands haftet. Er hält sich also im Ruhrgebiet vor allem an die staatlichen Bergwerke. Diese gerfallen in die eigentlichen Staatsgruben des nördlichen Ruhrgebiets und in die Aktiengesellschaft Hibernia. Die Aktien der Hibernia sind in den Händen des Staates. Mithin fällt auch sie unter die neue Sanktion.

Die Förderziffern der von den Staatsbehörden verwalteten Gruben, von denen vor allem die bei Buer gelegenen Zechen Bergmannsglück und Westerholz zu nennen sind, betragen mit den Zechen der Hibernia zusammen 19 Prozent der Förderung des gesamten Ruhrkohlenbezirks. Mit dem gleichen Prozentsatz sind die Staatsgruben an der für die Eisenindustrie ungeheuer wichtigen Kokserzeugung beteiligt. 10 Prozent stellen einen recht beachtenswerten Bruchteil der deutschen Ruhrkohlenproduktion dar. Diese 10 Prozent liegen für die französische Pfänderpolitik sozusagen greifbar da. Ihre Besitzergreifung bedeutet den Beginn der wirtschaftlichen Durchdringung Deutschlands, und tatsächlich spricht der vorerwähnte Schildknappe Poincarés, der Leitartikler Millet, bereits von der ökonomischen Zusammenschweißung beider Länder, die ja in Wahrheit nichts anderes ist, als eine vampyrhafte Aussaugung der deutschen Wirtschaftswerte. Daß es der französischen Regierung vor allem auf die Kohlenbeute ankommt, geht schon aus den vielsachen Meldungen hervor, wonach die Reparationskommission demnächst veranlaßt werde, eine vorläufige Nichterfüllung Deutschlands auch für die Kohlenlieferungen festzustellen. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob der englische Delegierte Bradbury wieder wie bei der Holzaktion protestiert oder vielleicht gar aus der Kommission austritt. Frankreich hat die Mehrheit der Kommission in seiner Gewalt. Will sich England aus ihr zurückziehen, so muß es seinen Austritt zwölf Monate vorher ansagen und im Laufe des sechsten Monats danach bestätigen. Diese juristische Weisheit läßt Poincaré durch das Havasbureau verbreiten, und man sieht deutlich, wie er die Fäden zu dem Gewebe der französischen Alleinherrschaft in Europa spinnt.

Dabei ist das alles erst Vorbereitung. Für die künftige „große Aktion" Frankreichs gilt folgende Rechtsgrundlage: Am 31. Dezember 1922 hat die vorläufige Regelung der Reparationszahlungen ihr Ende erreicht. Grundsätzlich ist der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft getreten. Nach diesem Zahlungsplan hat Deutschland zunächst am 15. Januar eine Barsumme von 500 Millionen Goldmark an die Reparationskommission abzuführen. Zur Vermeidung dieser und der folgenden Zahlungen hat Deutschland in der Note vom 13. November ein zweijähriges Moratorium beantragt. Dieser Moratoriumsantrag ist bisher von der Reparationskommission nicht endgültig beantwortet worden, da die Entscheidung der alliierten Regierungen zuerst auf der Londoner, dann auf der Pariser Konferenz abgewartet werden sollte. Poincarés Politik geht nun dahin, auch nach dem Scheitern der Pariser Konferenz eine rechtzeitige Gewährung des Moratoriums zu vereiteln und vermittelst der Reparationskommission, die er beherrscht, sofort nach dem 15. Januar die Nichterfüllung auch der deutschen Barzahlungen feierlich festzustellen. Das ist der Plan Poincarés! Er konnte bereitelt werden dadurch, daß Deutschland durch Eingreifen anderer Mächte plötzlich Kredit erhält und zahlt, ferner dadurch, daß die französische Auslegung der Versailler Bestimmungen als unerhörte Intrigue gebrandmarkt wird. Aber wer von den mit Frankreich immer noch so freundlich verbundenen Nationen hat den Mut dazu und ist es heute, eine Woche vor dem Schicksalstermin des 15. Januar, nicht für den großen Schlag zu spät?

Französische Verletzung deutscher Hoheitsrechte.

Mannheim, 6. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Im besetzten Gebiet macht sich im Zusammenhang mit der Marschbereitschaft eine rege Tätigkeit der französischen Militärflieger bemerkbar. Um der drohenden Besetzung einen kriegerischen Anstrich zu geben, werden ferner „Aufklärungsflüge" in das unbesetzte Deutschland unternommen. Trotz des unsichtigen Wetters wurden in der letzten Zeit wiederholt französische Militärflieger über der sogenannten „neutralen Zone" beobachtet; in der vergangenen Nacht kreuzten französische Militärflieger längere Zeit über Mannheim.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230106016/fragment/page=0001

Auffällige französische Hast.

Das böse Gewissen.

Paris, 6. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Während dem französischen Publikum nahezu alle Nachrichten über die Wirkung des französischen Vorgehens in Amerika, England und den neutralen Ländern vorenthalten werden, scheint man in französischen Regierungskreisen geneigt, die geplanten Sanktionsmaßnahmen noch schneller, als bisher geplant, auszuführen, um dem erwarteten Einspruch Amerikas zuvorzukommen und eine vollzogene Tatsache zu schaffen. Nach dem „Matin" fand gestern nachmittag am Quai d'Orsay eine Sachverständigensitzung statt, an der Marschall Foch teilnahm. Nach dem „Petit Parisien" hat der französische Generalstab für die Besetzung des Ruhrgebietes Pläne ausgearbeitet, die allen Momenten Rechnung tragen. Insbesondere ist der Fall ins Auge gefaßt, daß Belgien und Italien gemeinsam mit Frankreich vorgehen. Aber es seien auch andere Fälle ausgearbeitet worden, die vorsehen, daß Frankreich allein handeln müsse. Es sei Pflicht des Großen Generalstabes gewesen, sich nicht erst seit einigen Monaten, sondern seit dem Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf alle Möglichkeiten vorzubereiten. Die Nachricht, daß in Mainz Alarmbereitschaft sei, wird dementiert.

Absturz des Kurierfliegers.

Die Konferenz von Paris hat ein Todesopfer gefordert. Die französische Regierung hatte der englischen Delegation auf deren Wunsch einen Flieger zur Verfügung gestellt, der wichtige und sehr dringende Depeschen nach London bringen sollte. Das Flugzeug ist abgestürzt, sein Führer ist dabei umgekommen.

Englische Stimmen.

London, 6. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Mit Ausnahme der „Daily Mail" und der „Morning Post" wird die Haltung Bonar Laws auf der Pariser Konferenz allgemein gutgeheißen. Die „Times" schreiben, daß die Nachricht vom Abbruch der Konferenz von der Bevölkerung mit wirklichem Kummer aufgenommen worden sei. England könne nicht begreifen, was Frankreich dazu treibe, sich in eine so unvorsichtige Situation zu stürzen. „Daily Chronicle" erklärt, England habe eine Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas verfolgt, während Frankreich vor allem das wirtschaftliche Gefüge Deutschlands zerstören wolle.

Das nächste Schicksal des Memellandes.

Wenn die litauischen Zeitungen aus Paris recht unterrichtet werden sind, würde eine Kundgebung der verbündeten Mächte über das nächste Schicksal des Memellandes bevorstehen. Es scheint trotz aller Bemühungen nicht gelungen zu sein, einen allseitig befriedigenden Ausgleich der Interessengegensätze zu finden, so daß man sich zunächst mit einem Provisorium begnügen müßte, nach dem aus dem Memelland ein „Neutralgebiet" geschaffen werden soll. Völlige Einigkeit herrschte unter den Raubstaaten jedenfalls darüber, daß das kerndeutsche Memelland vom deutschen Mutterlande zu trennen sei ungeachtet der nicht aus der Welt zu schaffenden Tatsache, daß sich die Memelländer in allen Volksabstimmungen für das Verbleiben bei Deutschland entschieden haben. Immer neue bittere Erfahrungen zeigen, daß den Siegerstaaten das vielgepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker von Anfang an nur ein Lockköder war, daß sie es mit Füßen treten, sobald die Selbstbestimmung ihrer Meinung nach mit ihren Interessen nicht vereinbar erscheint. Also auch in diesem Falle wieder eine rücksichtslose Vergewaltigung, der auch der letzte Schein einer „Rechtsgrundlage" mangelt. Das sogenannte Neutralgebiet kann und wird auch für die Dauer nicht neutral bleiben. In Wahrheit wird sich Frankreich dafür einsetzen, daß nach längerer aber kürzerer Zeit das Memelland der unersättlichen Ländergier Polens zum Opfer fällt. Man muß der litauischen Presse schon recht geben, wenn sie mit deutlich fühlbarer Enttäuschung das beabsichtigte Provisorium als einen großen polnischen Erfolg kennzeichnet.

Der Franken als Daumenschraube.

Wer sich etwa noch im Unklaren darüber ist, was Frankreich unter der Ausnutzung produktiver Pfänder, wie es sie sich jetzt im Rheinland und im Ruhrgebiet zu holen gedenkt, verlieht, der braucht nur einen Blick auf das unglückliche Saargebiet zu werfen. Dann wird ihm bald klar werden, mit welchen Methoden Frankreich sein Ziel, „die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten", in die Tat umzusetzen weiß. In Saarbrücken und in vielen anderen Gemeinden des Saargebiets ist es jetzt so weit, daß die Gemeindeverwaltungen nicht mehr in der Lage sind, die fälligen Gehälter zu zahlen. Frankreich hat das sehr einfach dadurch erreicht, daß es mit dem Franken überall einen Druck ausübt. Wer Kohle haben will, muß sie in Franken bezahlen. Wer Geld braucht und es nicht in Franken aufnimmt, bekommt keine Kohle. Betriebe, die sich weigern, Frankzahlung und Frankgebühren einzuführen, werden auf die gleiche Weise schikaniert. So konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß die Frankenwährung im Saargebiet immer mehr Boden faßte und alle öffentlichen Verkehrsanstalten und viele private Verkehrsunternehmungen wohl oder übel sich dazu bequemten. Gelegentlich half man auch mit Frankvorschüssen zu günstigen Bedingungen und ähnlichen Lockmitteln nach, bis schließlich Zuckerbrot und Peitsche ihr Werk vollendet hatten und am Ende sogar die freien Gewerkschaften zum Jubel der Boulevardpresse die allgemeine Frankeneinführung forderten. Selbstverständlich hat diese Umstellung der Währung zu katastrophalen Folgen geführt und dem Wirtschaftsleben unberechenbaren Schaden zugefügt. Das kümmert die Saarregierung aber herzlich wenig. Denn ihr Zweck ist, durch alle nur möglichen Druckmittel die deutsche Bevölkerung dermaßen in Not und Elend zu bringen, daß sie den französischen Lockungen die Herzen öffnet. In letzter Linie wird also auf diese Weise die Annexion des Saargebietes vorbereitet.

Dem Rheinland und dem Ruhrgebiet kann diese Methode einen Vorgeschmack davon geben, wie Frankreich dort seine wirtschaftlichen Druckmittel ausbauen würde.

Das Prager Attentat.

Auch das ist eine Folge der Verwirrung der Geister und der Rechtsunsicherheit, die der Versailler Vertrag geschaffen hat, daß sich in ganz Mitteleuropa immer mehr die Seuche ausbreitet, politische Meinungsverschiedenheiten mit dem Revolver aus der Welt zu schaffen. Am meisten ist bisher leider Deutschland von dieser Seuche heimgesucht worden. Vor kurzem erst hat auch Polen ein solches Attentat erlebt, und nun ist ihm ein weiteres in der Tschechoslowakei gefolgt. Zwar sind die Gründe noch unbekannt, die den Attentäter veranlaßten, den Finanzminister Dr. Raschin niederzuschießen; aber er hat erklärt, daß er ein Gegner seiner Politik sei. Diese Gegnerschaft wird vermutlich daher rühren, daß der Attentäter ein Versicherungsbeamter ist, während Dr. Raschin vor eineinhalb Jahren bei dem großen Bankbeamtenkreis als Seele des Widerstands der Unternehmer galt, und die Bankbeamten ihre schwere Niederlage vornehmlich auf seinen Einfluß zurückführen zu müssen glaubten. Ueberhaupt hat sich Dr. Raschin durch seine drakonischen Sparmaßnahmen und seine rücksichtslose Finanzpolitik vor allem in Beamten- und Angestelltenkreisen viele Feinde geschaffen. Falls Dr. Raschin, dessen Zustand als hoffnungslos bezeichnet wird, dem Attentat erliegen sollte, würde die Tschechoslowakei einen ihrer fähigsten Politiker verlieren.

Ueber das Attentat selbst wird folgendes berichtet:

Prag, 5. Januar. Auf den Finanzminister Dr. Raschin verübte heute ein Versicherungsbeamter, namens Sounceck, ein Revolverattentat. Der Finanzminister wurde schwer getroffen und schwebt in größter Lebensgefahr. Ein Schuß traf Raschin in die Hüfte, ein zweiter ging fehl. Der Attentäter konnte nach kurzer Verfolgung verhaftet werden.

Lohnfrage und Brotpreis.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Aktion der Gewerkschaften beim Reichskanzler, die an die Regierung u. d. die Frage gerichtet haben, welche Vorsorge die Regierung getroffen habe, daß für die kommende Brotpreiserhöhung ein Ausgleich in Löhnen und Gehältern auch in der Privatindustrie geschaffen wird, geht uns von industrieller Seite folgende Mitteilung zu:

Die Frage der Gewerkschaften ist erstaunlich. Ist doch eine Brotpreiserhöhung selbst nach dem Ausmaß von 100 Proz. keine besonders überraschende Erscheinung. Im Laufe des letzten Jahres hat sich der Preis des Markenbrotes wiederholt um mehr als das Doppelte auf einmal gehoben und im Laufe des ganzen Jahres ist er zum Beispiel für Berlin bis jetzt um das 40fache vervielfacht worden. Diese Preiserhöhung ist, da die Tarifabschlüsse die gesamte Teuerungslage zugrunde gelegt haben, entsprechend berücksichtigt worden. Hierbei hat sich niemals, selbst bei den größten sprunghaften Erhöhungen des Brotpreises, die Notwendigkeit herausgestellt, diese Erhöhung etwa zum Gegenstand besonderer Maßnahmen zu machen, vielmehr hat die bisherige Uebung, die gesamte Lebenshaltungslage bei der Lohnabmessung in Rücksicht zu ziehen, beide Teile vollkommen befriedigt; von einer Beunruhigung aus diesem Anlaß ist nirgends etwas zu bemerken gewesen. Hierzu kommt noch weniger Grund vor, als die Lohnbewilligungen der Industrie erweisenermaßen vielfach über die Teuerungszahl hinausgegangen sind. Es liegt also jetzt kein Anlaß für die Gewerkschaften vor, etwa ein Abgehen von der bisherigen Gepflogenheit zu beanstanden. Es liegt aber auch ebenso wenig ein Grund vor, anzunehmen, daß sich künftighin die Verhandlungen auf anderer als der bisherigen Grundlage bewegen würden. Im übrigen wird die Auswirkung der Brotpreiserhöhung auf die daraus sich ergebenden Lohnforderungen stark überschätzt. Selbst eine 100prozentige Brotpreiserhöhung unter Zugrundelegung eines Bedarfs für eine fünfköpfige Familie würde durch eine Lohnerhöhung zwischen 8 und 15 Prozent ausgeglichen werden. Da aber die Broternährung nur etwa 6 Proz. der gesamten Lebenshaltungskosten ausmacht, so fällt bei Errechnung der gesamten Lebenshaltungskosten selbst eine Verdoppelung des Brotpreises überhaupt nicht so stark ins Gewicht, daß daraus eine Sonderaktion abzuleiten wäre. Bei einem ledigen Arbeiter würde der Ausgleich schon bei einer Erhöhung des Stundenlohnes um 3 bis 4 Proz. erreicht werden. Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß auch der Brotpreiserhöhung im Rahmen der allgemeinen Lohnbewegung Rechnung getragen werden kann. Daß die Industrie dies bisher getan hat und im Rahmen der Gesamtwirtschaftslage und unter Berücksichtigung der gesamten Lebenshaltungskosten auch weiterhin tun wird, daran zu zweifeln, liegt kein begründeter Anlaß vor.

Die Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne.

Unter dem Vorsitz des Herrn von Möllendorff tagte im Reichsarbeitsministerium ein Schlichtungsausschuß, der die Neugestaltung der Bergarbeiterlöhne regeln sollte. Das Gutachten, welches der Schlichtungsausschuß gestern in später Abendstunde abgab, wurde sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite abgelehnt, so daß die Verhandlungen vorläufig ergebnislos verlaufen sind. Auf Arbeitgeberseite vertritt man den Standpunkt, neue Lohnerhöhungen erst ab 15. Januar wirksam werden zu lassen, während die Gewerkschaften sich für Lohnerhöhungen mit rückwirkender Kraft eingesetzt haben. Wie wir hören, wird das Reichsarbeitsministerium sich bemühen, die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu Beginn der kommenden Woche in die Wege zu leiten. Es steht nur zu hoffen, daß eine Einigung möglichst bald und möglichst reibungslos erzielt werde, da gerade heute unter den schwerwiegendsten außenpolitischen Verhältnissen nichts notwendiger ist als innerpolitisches Zusammenstehen, um der Regierung ihre schweren Aufgaben für die kommenden Tage zu erleichtern.

Eisenbahnkonferenz in Königsberg.

Bereits seit etwa einem Jahr fanden mehrfach Verhandlungen zwischen den Eisenbahnbehörden Deutschlands, Litauens, Lettlands und Estlands über die Regelung des direkten Verkehrs zwischen Deutschland und Lettland bzw. Deutschland und Estland im Durchgang durch Litauen statt. Am 12. Dez. 1922 traten nun die Vertreter der Randstaaten und Deutschlands zu einer Eisenbahnkonferenz in Königsberg zusammen. Die Vertreter Rußlands nahmen an den Verhandlungen nicht teil, da sie die Einladung zur Konferenz zu spät erhalten hatten. Diese Eisenbahnkonferenz hat einen befriedigenden Abschluß gefunden. Es wurde der direkte Güterverkehr zwischen Ostpreußen und Lettland bzw. Estland durch Litauen geregelt. Die vereinbarte Regelung wird Anfang dieses Jahres in Kraft treten, so daß vielleicht schon im Februar oder März mit einem geregelten direkten Güterverkehr zwischen Ostpreußen und den genannten Staaten gerechnet werden kann. Leider ist über den direkten Güterverkehr zwischen dem Reich und Lettland bzw. Estland im Durchgang durch die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete mit den Polen noch keine Einigung erzielt worden.

Gegen das Hartgeld.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat sich gegen die Ausprägung von Ersatzmünzen in Hartgeld ausgesprochen, die nach dem Vorschlage der Regierung im Nennwerte von 10 bis 500 Mark ausgegeben werden sollten. Der Grund für die Ablehnung, die nur mit einer Stimme Mehrheit beschlossen wurde, ist der, daß bei der fortschreitenden Geldentwertung das Hartgeld gehamstert werden könne. Eine gewisse Berechtigung kann solchen Befürchtungen nicht abgesprochen werden; die Erfahrung lehrt, daß schlechteres Geld das bessere aus dem Verkehr drängt.

Der Staatsanwalt legt Revision im Harden-Prozeß ein. In dem Prozeß gegen die Attentäter auf Maximilian Harden, Weichardt und Grenz, hat auch der Oberstaatsanwalt Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Annahme der Postgebührenverdoppelung auch durch den Reichstag. Der Reichstagsausschuß für Postangelegenheiten stimmte ebenso wie der Reichsrat in seiner letzten Sitzung der 100prozentigen Portogebührenerhöhung zum 15. Januar zu. Am Schluß der Debatte wurde außerdem eine Entschließung angenommen, wonach die Reichspostverwaltung der Frage näher treten soll, die unterste Gewichtsstufe für Briefe bis zu 25 Gramm anstatt nur bis 20 Gramm zu bestimmen.

Ausländische Mittel zur Führung deutscher Eisenbahnerstreiks. Wie die sozialistischen PPM. erfahren, ist, wie bereits kurz gemeldet, dem Deutschen Eisenbahnerverband von der englischen Eisenbahnerorganisation der ansehnliche Betrag von 70 Millionen Mark überwiesen worden. Außerdem haben die Eisenbahnerorganisationen Hollands, Dänemarks, Schwedens und Norwegens die Ueberweisung erheblicher Mittel angekündigt. Die Mittel sollen hauptsächlich zur Führung gewerkschaftlicher Kämpfe verwendet werden. — Die Freude des deutschen Volkes über diese Spende wird wegen ihrer Zweckbestimmung wohl recht gemischt sein.

Hallischer Witterungsbericht.

	5. Januar 9 Uhr abends	6. Januar 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	755·4	753.2
Thermometer Celsius	4.4	2.1
Rel. Feuchtigkeit %	77%	83%
Wind	SW 1	SW 1

Maximum der Temperatur am 5. Januar 5.0 C.
Minimum in der Nacht vom 5. Januar zum 6. Januar 1.6 C.
Niederschläge am 6. Januar 7 Uhr morgens 0.0 mm.

Der sprechende Film.

(Nachdruck verboten.)

Im Leipziger Königspavillon wurde am Sonntag vor einer geladenen Zuhörerschaft, in der Behörden des Reiches, des Landes und der Stadt sowie namhafte Köpfe aus Wissenschaft, Kunst und Schule vertreten waren, der erste akustische Film vorgeführt. In den „L. N. N." wird darüber folgendes mitgeteilt:

Der akustische Film ist nach dem Verfahren von Hans Vogt, Dr. Jo Engl und Joseph Masolle hergestellt. Das Problem des sprechenden Filmes ist ein zweifaches: ein technisches und ein ästhetisches. Das Technische: die Gleichzeitigkeit des lautlichen und bildlichen Vorganges konnte mit den bisherigen Methoden, die auf einer Vorspielung einer Filmaufnahme mit einer Grammophonaufnahme hinausliefen, nicht gelöst werden. Die Erfinder haben diesen Weg verlassen. Sie stellten sich das Ziel, Lichtwellen und Schallwellen auf den gleichen Filmstreifen festzuhalten. Wie sie das Ziel erreichten, erklären sie selbst: „Um die Schallwellen zu photographieren, muß man sie in Lichtschwankungen verwandeln. Dies geschieht auf dem Umweg über die Elektrizität, da es nur so möglich wird, gewisse, bei der akustischen und mechanischen Uebertragung unvermeidbare Störungen auszuschließen. Für die Umwandlung von Schall in Elektrizität benutzen die Erfinder ein auf einem neuen Prinzip beruhendes Mikrophon, das Kathodophon, das, im Gegensatz zu dem bekannten Kohlekornmikrophon den Schall absolut verzerrungsfrei in einen elektrischen Wellenstrom verwandelt. Das aus der Schallwelle gewonnene elektrische Wechselstrom wird durch eine neuartige, den Stromfrequenzen trägheitslos folgende Lampe in Licht umgewandelt, deren Lichtschwankungen als schmale Linie auf der Filmbildaufnahme neben dem etwas breiteren Film mitphotographiert werden."

Der umgekehrte Ablauf dieser Versuchsanordnung über eine photoelektrische Zelle, die in der Wirkungsweise einer Selenzelle ähnlich ist, führt zur Rückverwandlung des photographischen Schallbilds in den ursprünglichen klanglichen Vorgang. Damit ist die technische Seite des Problems, die Gleichzeitigkeit des lautlichen und bildlichen Vorganges, in der Tat gelöst. Die Vorführungen bestätigten dies vollkommen.

Bleibt die ästhetische Seite der Frage. Hier bleiben Wünsche, weitgehende Wünsche offen. Die menschliche Sprache, ob gesprochen oder gesungen, blieb durchaus unverständlich. Die Stimmen klangen hohl, wie aus einem leeren Faß heraus, die Konsonanten akzentuieren sich nicht, die Vokale verschwimmen breiig ineinander; man glaubt nur Uebergänge von a, a und u zu hören. Da einige Sprecher aber nahezu völlig verständlich waren, die Stimmen von Bronsgeest und Müller, soweit man das ohne Vergleich mit der lebenden Stimme überhaupt feststellen kann, naturwahr kamen, darf man hoffen, daß die Praxis diesen Uebelstand beseitigen wird.

Weitgehend befriedigte das neue Reproduktionsverfahren auf instrumentalem Gebiet. Violine und Cello kamen im charakteristischen Timbre, klar unterschieden im Zusammenspiel, der Cellaton im Pianissimo von berückender Schönheit. Klarinette, Flöte, Xylophon und Celerkasten kommen in ihrer charakteristischen Eigenart, ebenso Gitarre, Trompete und Harmonika. Der Klavierton ist auch hier der am schwersten reproduzierbare; er kommt klirrend, in der Tonfülle steif abfallend. In diesen musikalischen Darbietungen blieb die Tonhöhe peinlich gewahrt, im Zusammenwirken mehrerer Instrumente genügende Durchsichtigkeit des klanglichen Bildes, der harmonischen und melodischen Struktur. Die dynamische Skala scheint vorläufig noch eng zu sein. Dem Pianissimo steht ein mittleres Mezzoforte gegenüber. Fortissimowirkungen blieben aus.

Alles in allem. Die technische Seite des Problems, die Gleichzeitigkeit, ist gelöst. In ästhetischer Hinsicht ist bereits viel erreicht, was noch zu tun übrig bleibt, dürfte keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Zur Reproduktion musikalisch-solistischer Vorführungen erscheint das Verfahren bereits heute vorzüglich geeignet, ebenso zur Vorführung des musikalisch begleiteten Tanzes. Das „gefilmte Konzert", das darf man nach den sehr beifällig aufgenommenen Vorführungen prophezeien, dürfte bald seinen Einzug in den Kinos halten. Auf diesem Gebiete eröffnen sich Aussichten, die sich zunächst schwer absehen lassen.

Dr. F. K.

Die Not der Volkswirte behandelt im neuesten Heft der von Paul Kersten und Erwin N. Marschall herausgegebenen Zeitschrift für akademisches Leben „Berliner Hochschul-Nachrichten" Dr. Brednow, der über die s. Zt. geltenden Bestimmungen für die Ausbildung der Volkswirte Klage führt und Reformvorschläge in dieser Richtung unterbreitet. Im gleichen Heft schreibt General Schikert einen „Die Studentenfürsorge des Provinzialvereins Berlin des Vaterländischen Frauenvereins" erläuternden interessanten Beitrag. Weitere Aufsätze behandeln die Schaffung einer wahren Hochschulgemeinschaft und den weiteren Ausbau von „Studentenheim". Die amtlichen Mitteilungen der Hochschulbehörden werden — wie stets — auch in dem neuen Heft veröffentlicht.

Die Mütter und die Mädchenschule.

Aus Leserinnenkreisen wird uns geschrieben: Seit dem November 1918 wird an dem Neuaufbau unseres Schulwesens gearbeitet. Endlich beginnt man nun auch das Mädchenbildungswesen neu zu gestalten. Von allen Seiten kommen Vorschläge und Entwürfe, da arbeiten die Behörden, die Berufsorganisationen der Lehrer und Lehrerinnen, die Organisationen der übrigen berufstätigen Frauen. Nur eine Gruppe von Frauen fehlt, die doch das größte Interesse an der Erziehung der weiblichen Jugend haben sollte . . . die Mütter. Sie hören schweigend zu, wenn über das Schicksal ihrer Töchter schwerwiegende Entschlüsse gefaßt werden nach dem alten kirchlichen Grundsatze „mulier tacetat in ecclesia". Wie ist das zu erklären? Warum stehen die Lehrerinnen immer allein da, wenn sie Forderungen für die bisher oft so stiefmütterlich behandelte weibliche Jugend durchsetzen wollen? Warum finden sie so selten einen Rückhalt in den Kreisen der Frauen, für deren kostbarstes Gut, ihre heranwachsende Tochter, ihre Erziehung und Bildung sie sich einsetzen? „Man fragt uns ja nicht", werden die Mütter vielleicht antworten! Aber so darf man im demokratischen Staate nicht sprechen. Da ist jeder verantwortlich für das, was im Staate geschieht, und jeder ist verpflichtet, seine Meinung zu äußern, wenn er wesentliche Dinge zu sagen hat. Es ist auch gar nicht so schwer für die Mütter, ihre Meinung zu äußern, wenn sie nur den Mut dazu haben. Kann doch jede Frau heute für die Volksvertretung, die Stadtverordnetenversammlung, den Landtag und Reichstag wählen und gewählt werden. Die meisten Frauen fragen heute noch viel zu wenig danach, ob die Männer, denen sie ihre Stimme unter dem Zwang der Parteiorganisation geben, auch genügend für die Forderungen der Frau eintreten.

Wir brauchen aber gar nicht so weit zu suchen, um ein Organ zu finden, in dem die Frauen ihre Wünsche aussprechen können. Wir haben ja in der modernen Schulverfassung die Elternbeiräte und die Elternversammlungen. Doch wie selten wagt hier eine Mutter das Wort zu ergreifen! Wie verhältnismäßig klein ist die Zahl der Frauen, die in die Elternbeiräte der Mädchenschulen gewählt werden! Das ist ein großer Nachteil für die Mädchen. Denn es gibt unendlich viele Fragen in der Mädchenerziehung, die verständnisvoller von Frauen gelöst werden. Wie viel leichter würden es die Lehrerinnen haben, ihren noch immer schwer unkämpferischen Einfluß in der Mädchenerziehung durchzusetzen, wenn die Mütter dabei ihre Forderungen unterstützten. Aber die Mütter suchen den Zusammenhang mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230106016/fragment/page=0002